

Landgericht Hamburg,
2. Wiedergutmachungskammer.

Wik 1048/51.

/2 2424 - 2 -

Wik 1049/51

Wik 1050/51

B e s c h l u ß .

In der Rückerstattungssache

der Frau Anna (Lilli) P r o k e s c h ,
geb. Holzmüller,

609 West 114 Street, New York 25 N.Y./USA
Antragstellerin,

Bevollmächtigte : Rechtsanwälte

Dres. H. Dehn, E. Wieggers, K. Mittelstein, H. Seifer
und RA. H.W. Rodig, Hamburg 36, Neuerwall 10,
gegen

das D e u t s c h e R e i c h ,

gesetzlich vertreten durch die Finanzbehörde
der Hansestadt Hamburg,

diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion
Hamburg, Hamburg 11, Rödingsmarkt 83,

Antragsgegner,

beschließt das Landgericht Hamburg, Wiedergutmachungskammer 2, auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 5. Februar 1952 durch die Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Roscher,
2. Landgerichtsrat Dr. Urban,
3. beauftr. Richter Faull

am 15. Februar 1952:

I. Es wird festgestellt, daß der Antragsgegner verpflichtet ist, der Antragstellerin den Verlust von 21.725,50 RM für entzogene Schmuckgegenstände zu ersetzen. Der Zeitpunkt des Verlustes ist der 16. Oktober 1941.

II. Der Beschluß ergeht gerichtsgebührenfrei, außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

erstattet.

G r u n d e :

Die Antragstellerin ist die Alleinerbin ihres verstorbenen jüdischen Ehemannes Wilhelm Prokesch (der Erbschein hat in dem Termin vom 27. April 1951 vor dem Wiedergutmachungsamt vorgelegen). Sie selbst ist nicht Jüdin.

Das Ehepaar mußte im Jahre 1939 im Zuge der damaligen Judenverfolgung auswandern. Es verpackte den gesamten Hausrat in einem Lift und ließ ihn in den Hamburger Freihafen zur Verschiffung transportieren. Die Antragstellerin besaß neben anderen Vermögensgegenständen zahlreiche wertvolle Schmucksachen (vgl. die Liste Bl. 10 d.A.) Z 2424/2 - Bl. 7 d.A. 2 Wik 1048/51). Sie beabsichtigte ursprünglich, den Schmuck ihrer Nichte Lilli Anna Prokesch, geb. Holzmüller, in Berlin zur Aufbewahrung zu geben. Da sie jedoch nicht das Risiko übernehmen wollte, schloß sie den Schmuck in eine eiserne Kassette und stellte diese in einen Schrank, der verschlossen mit in dem Lift verpackt wurde.

Die Gestapo in Hamburg beschlagnahmte den mit Hausrat gefüllten Lift im Hamburger Freihafen und ließ ihn am 16. Oktober 1941 durch den Gerichtsvollzieher Gerlach versteigern. Während der Sichtung des Hausrates fand ein Arbeiter die Schmuckkassette. Die Gestapo beschlagnahmte den Schmuck und zahlte dem Finder laut Verfügung vom 1. November 1941 600,-- RM Finderlohn. Sie ließ gleichzeitig den Wert des Schmuckes schätzen. Die Schätzungsgutachten des Taxators Henry Allerding sind noch vorhanden (vgl. Bl. 7 d.A. 2 Wik 1048/51). Der Sachverständige ermittelte einen Wert von insgesamt 21.725,50 RM. Er erhielt seine Gebühren von der Gestapo

aus

aus dem Versteigerungserlös des übrigen Hausrates über-wiesen.

Diese Feststellungen beruhen auf den Angaben der Parteien, der noch vorhandenen Abrechnung des Gerichtsvollziehers Gerlach und der eidesstattlichen Erklärung der Elise Schröder, geb. Holzmüller, vom 4. Januar 1951 (Bl. 58 d.A. 2 Wik 1050/51).

Das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg hat durch Beschluß vom 28. Juni 1951 über den Hausrat entschieden.

Die Antragstellerin begehrt von dem Antragsgegner für die entzogenen Schmucksachen und für Silbersachen, die in demselben Lift vorhanden gewesen und mit versteigert worden sind, Schadensersatz in Höhe von 30.000,-- DM, hilfsweise die Feststellung, daß das Deutsche Reich zum Ersatz dieses Schadens in RM verpflichtet ist. Sie trägt zur Begründung vor, daß der Schmuck mit 30.000,-- RM versichert gewesen sei. Die Silbersachen seien durch den Beschluß des Wiedergutmachungsamtes vom 28. Juni 1951 noch nicht erledigt worden.

Der Antragsgegner hat dem Rückerstattungsantrag mit der Begründung widersprochen, daß der Schmuck offenbar in einem objektiven Strafverfahren eingezogen^{worden} sei, weil die nicht jüdische Antragstellerin ein Devisenvergehen begangen habe. Es handelte sich also nicht um eine Entziehung aus Gründen der Rasse.

Der Rückerstattungsantrag ist hinsichtlich der Schmucksachen insoweit begründet, als er zu einer Feststellung der Schadensersatzpflicht des Antragsgegners in Höhe von 21.725,50 RM führt.

Die Beschlagnahme des Schmuckes durch die Gestapo ist eine ungerechtfertigte Entziehung im Sinne der Art. 1-2 REG. , denn sie beruht unmittelbar auf den rassischen Verfolgungsmaßnahmen. Wenn der Antragsgegner die Antragstellerin und ihren jüdischen Ehemann nicht gezwungen hätte, Deutschland zu verlassen, so wäre es auch nicht zu der Be-

schlagnahme

Beschlagnahme des Umzugsgutes und damit des darin enthaltenen Schmuckes gekommen. Die Beschlagnahme des Umzugsgutes ist unter mißbräuchlicher Ausnutzung der staatlichen Zwangsgewalt lediglich zu dem Zweck erfolgt, den jüdischen Ehemann der Antragstellerin und die mit ihm verheiratete Antragstellerin wegen der rassischen Zugehörigkeit des Ehemannes zu schädigen. Diese Gründe betreffen auch die nicht jüdische Ehefrau, die sich mit ihrem Ehemann zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden hatte und mit ihm zusammen ausgewandert war. Die Gestapo hat in Fällen, in denen nur ein Ehepartner Jude gewesen ist, die gesamte Familie als jüdisch behandelt, wenn es der nicht jüdische Partner abgelehnt hat, sich zu trennen und scheiden zu lassen.

Der Antragsgegner behauptet, daß die Zollbehörde die Schmucksachen im objektiven Strafverfahren wegen eines Devisenvergehens eingezogen habe. Er ist den ihm obliegenden Beweis schuldig geblieben. Das Gericht hat keine Feststellung dahin treffen können, daß die Zollfahndung oder Zollbehörde sich mit der Sache befaßt hat. Vielmehr deuten die gesamten Umstände darauf hin, daß die Gestapo die Gegenstände wie auch das übrige Umzugsgut an sich genommen und verwertet hat. Hierfür spricht insbesondere, daß die Gestapo und nicht die Zollfahndung den Finderlohn und die Gebühren für den Sachverständigen gezahlt hat. Bei dieser Sachlage kann es dahingestellt bleiben, ob der Fall anders zu beurteilen wäre, wenn die Schmuckgegenstände wegen Devisenvergehens in einem objektiven Strafverfahren eingezogen wären. Auch für den letzteren *Fall* würde jedoch das Gericht zu der Ansicht neigen, daß dem aus rassischen Gründen Verfolgten und zur Auswanderung gezwungenen Ehepartner nicht ein Vorwurf daraus gemacht werden kann, daß er Gesetze nicht beachtet, die

die dazu gedient haben, ^{auf}~~ihm neben~~ seiner persönlichen Verfolgung ^{ihm}noch sein gesamtes Vermögen zu nehmen. Die Einwendungen des Antragsgegners sind danach unbewiesen und unbeachtlich.

Da der Antragsgegner nicht mehr zur Rückgabe der Gegenstände in der Lage ist, tritt gemäß Art. 26 Abs. II REG. an die Stelle des Rückerstattungsanspruches ein Schadensersatzanspruch. Der Verlust im Sinne dieser Bestimmung bedeutet ~~jedoch~~ objektive Unmöglichkeit der Herausgabe. Der Antragsgegner hat nicht darlegen können, daß der Verlust ohne sein Verschulden eingetreten ist.

Die Höhe des Schadensersatzanspruches bestimmt sich nach der ständigen Rechtsprechung des Hanseatischen Oberlandesgerichts nach dem Wert der entzogenen Gegenstände im Zeitpunkt der Entziehung.

In diesem Fall bietet das damalige Schätzungsgutachten des Taxators Henry Allerdig die sicherste Grundlage für die Wertbemessung. Das Gericht ist nicht in der Lage, den damaligen Wert ^{auf andere Weise}genau zu bestimmen. Hierzu wäre die Vorlage der Schmuckgegenstände und die heutige Bewertung durch einen Sachverständigen erforderlich. Dies kann leider nicht mehr geschehen. Es sind keine Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß das damalige Gutachten des Taxators bewußt zu Ungunsten der Antragstellerin ausgefallen wäre. Das Gericht stellt deshalb den damaligen Wert mit 21.725,50 RM fest.

Da der § 14 UG. die Umstellung der gegen das Deutsche Reich gerichteten RM-Forderungen einer späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten hat, sieht das Gericht unter Anwendung der ständigen Rechtsprechung des Hanseatischen Oberlandesgerichts keine Möglichkeit, den Antragsgegner auf Zahlung in DM zu verurteilen. Es hat deshalb auf die im Tenor ersichtliche Feststellung erkannt.

Das Gericht kann über die Silbergegenstände nicht entscheiden. Es kann richtig sein, daß der Beschluß ~~vor~~ des Wiedergutmachungsamtes vom 28. Juni 1951 die Silbergegenstände nicht